



Rechtsausschuss

31. Sitzung (öffentlich)

27. März 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:35 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
Aktuelle Viertelstunde	8
zum Thema: „Cyberangriff auf Staatsministerin a. D. Schulze Föcking ohne staatsanwaltschaftliche Ermittlungen?“	
Aktuelle Viertelstunde	13
zum Thema: „Gefährdet die Landesregierung die Aufklärung des Cum-Ex-Skandals?“	

- 1 Angriff auf eine Gerichtsvollzieherin in Bochum / Schwerer Übergriff auf eine Gerichtsvollzieherin in Bochum – Minister Biesenbach hat den Rechtsausschuss unvollständig und falsch informiert? / Wenn man Minister Biesenbach befragt, hat man nachher mehr Fragen als vorher! – Nachbericht des Ministeriums der Justiz** **30**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1868
- 2 Entweichung eines Sicherungsverwahrten der JVA Werl im Rahmen einer Ausführung** **33**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1876
- 3 Information über die Nachwuchskampagne des Ministerium der Justiz/ Ministerielle Kampagne für Justizberufe** **37**

Vorstellung durch
Herrn Andreas Herde (Personalagentur „YeaHR!“)
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1691
- 4 Haus des Jugendrechts** **43**

Vorstellung durch
Frau Rachel Hohn (Staatsanwaltschaft Köln)
Frau Susanne Monsieur (Stadt Köln, Amt für Kinder, Jugend und Familie)
Herrn Bernd Reuther (Polizeipräsidium Köln)
- 5 Jeder Fall ist ein Fall zu viel – alle Kräfte mobilisieren für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch** **49**

Antrag
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5066 (Neudruck)

Der Ausschuss verständigt sich für den Fall einer Anhörung im federführenden Familienausschuss auf nachrichtliche Beteiligung.

6 Genitalverstümmelung – wirksame Hilfe für die Opfer 50

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5071

Der Ausschuss verständigt sich im Hinblick auf die am 5. Juli 2019 stattfindende Anhörung im federführenden Ausschuss für Gleichstellung und Frauen auf nachrichtliche Beteiligung.

7 Mehr Sicherheit für Nordrhein-Westfalen – Wir benötigen eine psychiatrische Präventionsambulanz für Risikopatienten 51

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5074

Der Ausschuss beschließt, vor einer Abstimmung die schriftliche Anhörung abzuwarten.

8 Demokratie stärken – Rote Hilfe e. V. verbieten! 52

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5076

Der Antrag Drucksache 17/5076 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

9 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 53

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3005
Unterrichtung Drucksache 17/5580

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/5126 (Neudruck)

Der Änderungsantrag Drucksache 17/5126 wird einstimmig angenommen.

Der Gesetzentwurf Drucksache 17/3005 wird einstimmig angenommen.

10 Gender-Sprache in Nordrhein-Westfalen abschaffen – Wiederbelebung des generischen Maskulinums **54**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5358

Der Ausschuss beschließt eine nachrichtliche Beteiligung an der Anhörung im AGF.

11 Der Rechtsstaat muss gewahrt bleiben – Die Rechtsprechung bindet auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalens **55**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5362

Der Ausschuss beschließt eine nachrichtliche Beteiligung an einer möglichen Anhörung im AHKBW.

12 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Versorgung der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer und zur Änderung weiterer Gesetze **56**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5198

Der Ausschuss beschließt, den Tagesordnungspunkt zu schieben.

11 Mobiltelefone in Justizvollzugsanstalten **57**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1692

Rechtsausschuss

27.03.2019

31. Sitzung (öffentlich)

Sm

14 Freie Straffälligenhilfe NRW 60

Bericht der Landesregierung

Vorlage 17/1676

Vorlage 17/1785

15 Fehlerhafte Methadonabgabe in der Justizvollzugsanstalt Köln 63

Bericht der Landesregierung

Vorlage 17/1678

Vorlage 17/1854

16 Polizeilicher Großeinsatz am 12. Januar 2019 65

Bericht der Landesregierung

Vorlage 17/1680

Die Tagesordnungspunkte 17 bis 49 sowie die beiden nicht-öffentlichen Tagesordnungspunkte werden in der außerplanmäßigen Sitzung am 08.04.2019 um 13:30 Uhr verhandelt.

* * *

9 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3005

Unterrichtung Drucksache 17/5580
Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5126 (Neudruck)

Hans-Willi Körfges (SPD): Ich bedanke mich bei allen, die daran mitgewirkt haben, dass es jetzt zu einem gemeinsamen Antrag, den wir eigentlich schon bei der Diskussion über die Einführung der Individualverfassungsbeschwerde vereinbart hatten, gekommen ist.

Ich finde es gut, dass vier Fraktionen sich dieses Anliegen gemeinsam zu eigen machen. Ich denke, dass wir sowohl in diesem Bereich als auch bei der Kommunalverfassungsbeschwerde, die wir gleichzeitig mit Verfassungsrang etablieren wollen, ein wichtiges Zeichen setzen. Sicherlich kann man die Rechtsbehelfe schon jetzt so ausführen, aber nun ist es da, wo es hingehört, nämlich in der Verfassung. Ich freue mich darüber, dass wir eine sehr breite Mehrheit zustande bekommen.

Dr. Jörg Geerlings (CDU): Ich kann mich dem nur anschließen. Es bestand Einigkeit, und wir haben dann noch etwas über das Verfahren gerungen. Wir finden uns in guter Gesellschaft. Auch das Grundgesetz ist erst nach dem einfachen Gesetz angepasst worden; insofern passt das. Mit den Änderungen kommen wir zu einer schlanken Fassung; wir wollen die Verfassung nicht mit zu viel Text überfrachten. Insofern freuen wir uns, wenn das jetzt gemeinsam auf den Weg kommt.

Thomas Röckemann (AfD): Auch wir werden zustimmen, weil wir unseren ursprünglichen Antrag nunmehr vollumfänglich abgebildet wiederfinden.

Der Änderungsantrag Drucksache 17/5126 wird einstimmig angenommen.

Der Gesetzentwurf Drucksache 17/3005 wird einstimmig angenommen.

